Niederschrift
zur öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Groß Nordende

Sitzungstermin: Montag, den 06.10.2008
Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr
Sitzungsende: 21:42 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal der ehemaligen Schule, Dorfstraße 93, 25436 Groß Nordende

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ute Ehmke	GuB	Bürgermeisterin
Herr Peter Hormann	GuB	
Herr Frank Koelbel	AKWG	
Frau Sabrina Kölln-Tietje	GuB	
Herr Klaus Piening	AKWG	
Frau Birgid Rohwer	AKWG	
Herr Hartmut Sieloff	GuB	
Frau Karen Voß	AKWG	
Herr Klaus Wedde	GuB	

Außerdem anwesend

Herr Norbert Bialkowski	GuB	
Frau Ursula Hoffmann	GuB	
Herr Dennis Moschik	AKWG	

Gäste

Zuhörer	1	
---------	---	--

Presse

Uetersener Nachrichten	Frau Ellersiek
------------------------	----------------

Protokollführer/-in

Herr Frank Wulff

Entschuldigt fehlen:

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 26.09.2008 einberufen. Die Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 16 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Der TOP 11 „2. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Teilfläche "Förn Sandweg"" wird zu TOP 2 und der TOP 12 „Bebauungsplan 4 "Förn Sandweg"" wird zu TOP 3. Als neuer TOP 14 wird „II. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Groß Nordende“ eingesetzt.

einstimmig (9)

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung:**

Tagesordnung:

1. Informationen über die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil der letzten Gemeindevertretung
2. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Teilfläche "Förn Sandweg"
Vorlage: 088/2008/GrN/BV
3. Bebauungsplan 4 "Förn Sandweg"
Vorlage: 089/2008/GrN/BV
4. Bericht der Bürgermeisterin
5. Berichte der Ausschussvorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen 1. Halbjahr 2008
Vorlage: 083/2008/GrN/BV
8. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 091/2008/GrN/BV
9. Beschluss über die Gültigkeit der Gemeindewahl vom 25. Mai 2008
Vorlage: 082/2008/GrN/BV
10. Stellungnahme zum Prüfungsbericht des Gemeindeprüfungsamtes des Kreises Pinneberg für die Haushaltsjahre 2004 - 2006
Vorlage: 093/2008/GrN/BV
11. Ersatzbeschaffung von 8 Atemschutzgeräten für die Feuerwehr Groß Nordende
Vorlage: 084/2008/GrN/BV
12. Schredderaktion in der Gemeinde Groß Nordende
Vorlage: 090/2008/GrN/BV
13. Entwurf des Landesentwicklungsplanes Schleswig- Holstein 2010 - 2025
hier: Anhörungs- und Beteiligungsverfahren gem. § 7 Abs. 1 Landesplanungsgesetz
Vorlage: 087/2008/GrN/BV

14. II. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Groß Nordende
Vorlage: 094/2008/GrN/BV
15. Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Informationen über die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil der letzten Gemeindevertretung

Während der letzten Sitzung der Gemeindevertretung am 23.06.2008 gab es keine Beratungsgegenstände im nicht öffentlichen Teil, so dass hier nichts berichtet wird.

**zu 2 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Teilfläche "Förn Sandweg"
Vorlage: 088/2008/GrN/BV**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Frau Ehmke Herrn Korte vom Planungsbüro Elbberg. Herr Korte kündigt an, die Ausführungen zum B-Plan ebenfalls unter diesem Tagesordnungspunkt zu geben.

Der Bauausschuss der Gemeinde Groß Nordende hatte in seiner Sitzung am 09.09.2008 Änderungen zu den textlichen Festsetzungen zum B-Plan Nr. 4 gewünscht, die vom Planungsbüro eingearbeitet werden sollten:

1. Die Anbindung des rechten unteren Grundstückes über den als Fuß- und Radweg ausgewiesenen Kirchenstieg wird als nicht optimal angesehen. Die Zuwegung hat über die Anbindung der neuen Straße zur Straße Achtern Hollernbusch zu erfolgen.
2. Es erfolgt eine Festsetzung einer Mindestgrundstückgröße je Einzelhaus von mindestens 500 qm (vorher 600 qm) und je Doppelhaushälfte von mindestens 250 qm (vorher 300 qm). Dadurch ist die Grundstücksaufteilung flexibler und möglicherweise kann somit ein weiteres Grundstück entstehen. Die Möglichkeit der Anlage einer 2. Wohnung ist in unbeschränkter Größe möglich.
3. Es wird neben roter und weißer Fassadenfarbe (Anstrich/Klinker) auch rotbraune Fassadenfarbe zugelassen.
4. Der Ausschluss der Bauweise im Blockhausstil wird entfernt.
5. Für die Dacheindeckung sind die Rot- und Schwarztöne erlaubt.

Herr Korte erläutert u.a. anhand einer Planzeichnung (**Anlage 1**), dass die gewünschten Änderungen eingearbeitet worden sind. Durch die Änderung der Grundstücksgrößen ist die Fläche des Mischgebietes im Westen kleiner geworden. Anschließend wird über die das Gebiet umgebende 20m-Grenze diskutiert. Herr Korte stellt klar, dass in der Begründung nicht geschrieben wird, dass das Mischgebiet eine Tiefe von 20 m hat, sondern die 20 m beziehen sich lediglich auf die

Umgrenzung von Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Zone des Lärmpegelbereichs IV.

Herr Piening regt an, den Versickerungsgraben zur B431 hin breit genug zu planen, um auf das gesamte Regenwasser des Gebietes auffangen zu können. Er bittet gleichfalls um Prüfung, ob das Regenrückhaltebecken im Bereich Achtern Holernbusch mit genutzt werden kann. Weiter stellt Herr Piening die Frage, ob eine Versickerung des Oberflächenwassers auf den Grundstücken möglich sei. Herr Korte antwortet, dass nach Angaben der Ingenieure eine Versickerung aufgrund der Bodenverhältnisse nicht möglich sei.

Als nächstes spricht Herr Piening einen Beschluss der Gemeindevertretung vom 24.10.2005 an. Damals hatte die Gemeindevertretung beschlossen, die Gewerbefläche Mann-Bau (ehemals Apfelzentrale Holstein) in eine Flächennutzungsplanänderung mit aufzunehmen, um eine Erweiterung des Gewerbegebietes nach Osten und Süden zu ermöglichen. Die Gemeindevertretung hatte damals wie folgt beschlossen:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Aufstellung einer 2. F-Planänderung für die Gebiete

Fläche B – Erweiterung der Gewerbefläche Mann-Bau (ehemalige Apfelzentrale Holstein)

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Dieser Beschluss soll jetzt wieder mit aufgegriffen werden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt wie folgt:

1. Die Ausführungen der Planer/der Bericht aus dem Fachausschuss werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Bericht über die Information der Öffentlichkeit am 27. August 2008 wird zur Kenntnis genommen.
3. Der vorgelegte Vorentwurf für den geänderten Flächennutzungsplan mit dem ersten Entwurf für eine Begründung und dem Entwurf eines Umweltberichtes wird nach eingehender Prüfung mit folgenden Änderungen gebilligt: Die Fläche Mann-Bau (ehemalige Apfelzentrale Holstein) ist in die Änderung des Flächennutzungsplanes nach Maßgabe des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 24.10.2005 und der dabei vorgelegenen Planung einzubeziehen.
4. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, mit den beschlossenen Unterlagen die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

Während der Beratung und Beschlussfassung lag keine Befangenheit nach § 22 O vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig (9)

**zu 3 Bebauungsplan 4 "Förn Sandweg"
Vorlage: 089/2008/GrN/BV**

Dieser Punkt wurde bereits bei TOP 2 mit behandelt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die Ausführungen der Planer und der Bericht aus dem Fachausschuss werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Bericht über die Information der Öffentlichkeit am 27. August 2008 wird zur Kenntnis genommen.
3. Der vorgelegte Vorentwurf für den Bebauungsplan Nr. 4 „Förn Sandweg“ für das Gebiet in der Ortsmitte Groß Nordendes, welches im Westen durch die Dorfstraße (B 431) und im Süden das Wohngebiet „Achtern Hollernbusch“ begrenzt wird, wird gebilligt. Östlich befindet sich ein Reiterhof und nördlich befinden sich landwirtschaftliche Flächen. Am nördlichen Rand verläuft eine Schotterstraße, die eine Nebenerschließung des im Osten gelegenen Pferdehofes bildet. Auf der Fläche sind keine Gebäude vorhanden. Am östlichen Rand verläuft in Nord-Süd-Richtung ein örtlicher Wanderweg („Kirchweg“) der durch Hecken eingefasst ist. Darüber hinaus werden der vorgestellte erste Entwurf für eine Begründung und der vorgestellte Entwurf eines Umweltberichtes nach eingehender Prüfung gebilligt.
4. Der Entwurf des Planes, die Begründung und der Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 1 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen.
5. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist nach § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
6. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, die Verfahrensschritte durchzuführen.

Während der Beratung und Beschlussfassung lag keine Befangenheit nach § 22 GO vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig (9)

zu 4 **Bericht der Bürgermeisterin**

Frau Ehmke berichtet wie folgt:

- a) Das Eingangsportal an der alten Schule wurde neu gestrichen. Ein Teil der Figuren wurde neu geschnitzt. Weiter wurden die Treppenstufen an der Zuwegung mit einem Signalstreifen gestrichen. Die Renovierungsarbeiten sind somit erst einmal abgeschlossen. Zwischenzeitlich hat in der alten Schule eine Lesung stattgefunden. Dabei wurden 150 € eingenommen.
- b) Im Dorfgemeinschaftshaus wurden ebenfalls Renovierungsarbeiten durchgeführt. Neben Malerarbeiten wurde ein Prallschutz im Turnraum angebracht. Die große Fensterfront wurde nicht gestrichen. Diese müsste erneuert werden, so dass kein Geld für Malerarbeiten ausgegeben werden sollte. Weiter wurde der Schaden an der Ziehharmonikatür behoben.
- c) In der Pumpstation Utweg wurde eine Störung behoben.
- d) Am 01.09.2008 wurde das Jubiläum 10 Jahre Kinderstube in einem kleinen Kreis gefeiert. Für das nächste Jahr ist ein größeres Fest gemeinsam mit dem Feuerwehrjubiläum geplant.
- e) Die Kinderstube wird demnächst ein pädagogisches Turnen anbieten.
- f) Das neue Wappen der Gemeinde wurde zwischenzeitlich in die Wappenrolle des Landes Schleswig-Holstein eingetragen. Diese ist im Internet unter <http://193.101.67.134/> erreichbar.
- g) Herr Norbert Bialkowski hat die Wippe auf dem Spielplatz kostenlos erneuert. Die Gemeindevertretung dankt ihm dafür.

Herr Hormann fragt anschließend, ob es für die Spendenaktion „Eingangsportal“ eine Abrechnung gebe. Frau Ehmke stellt die Anrechnung vor, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

zu 5 **Berichte der Ausschussvorsitzenden**

Von der Sitzung des Bauausschusses am 09.09.2008 und des Finanzausschusses am 18.09.2008 werden keine Punkte vorgetragen.

zu 6 **Einwohnerfragestunde**

a) In der Sitzung des Bauausschusses am 09.09.2008 wurde die Verlegung des Standortes der Tischtennisplatte angesprochen. Die Tischtennisplatte soll näher an die Spielgeräte gesetzt werden und zwar an die zu befestigende Fläche hinter dem Haus Dorfstraße 95, die bereits mit einer Hecke umgrenzt ist oder alternativ auf die Rasenfläche zwischen alter Schule und Dorfgemeinschaftshaus.

Die Mitglieder des Ausschusses haben sich dafür ausgesprochen, dass die Verwaltung diese Möglichkeiten klären möge. Daneben sind die Anwohner zu befragen. Herr Bialkowski fragt, ob es bereits neue Informationen dazu gebe. Frau Ehmke verneint dies.

b) Herr Bialkowski spricht den Zaun um die Tanks des ehemaligen Wasserwerks an. Frau Ehmke erklärt, dass es sich um einen Gemeindezaun handeln würde und dass eine Umzäunung mit einer Höhe von 1,20 m ausreichen würde, um der Abgrenzungspflicht genüge zu tun. Herr Bialkowski schlägt vor, keinen Maschen-

drahtzaun, sondern ein stabileres Material zu verwenden. Es wird anschließend über eine Nutzung der Tanks diskutiert. Herr Piening ist der Meinung, dass einer der Tanks nutzbar wäre. Die Gemeindevertretung bittet darum, die Nutzung der Wasserspeicher abzuklären.

Weiter sei über eine Erhöhung der Zäune an den Fußballtoren nachzudenken.

c) Herr Bialkowski fragt, ob das Pumpwerk im Utweg die durch das neue Baugebiet entstehende höhere Wassermenge schaffen wird. Herr Piening erklärt, dass die Konzeption des Pumpwerkes die Wassermengen schaffen sollte. Bisher würden nicht immer beide Pumpen genutzt werden.

d) Die Gemeindevertretung bittet die Verwaltung, die Zuständigkeiten für Straßenausbesserungen an der B431, besonders in Höhe Kleinwort, zu prüfen und ggfs. Maßnahmen einzuleiten.

**zu 7 Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen 1. Halbjahr 2008
Vorlage: 083/2008/GrN/BV**

Die Information der Bürgermeisterin nach § 4 der Haushaltssatzung über die geringfügigen Haushaltsüberschreitungen bis zum Stand 30.6.2008 wird zur Kenntnis genommen. Die Summe der Überschreitungen beläuft sich auf 229,36 €

**zu 8 Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 091/2008/GrN/BV**

Herr Wedde geht kurz auf die entstandenen Haushaltsüberschreitungen ein.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt mit 12.113,28 € zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig (9)

**zu 9 Beschluss über die Gültigkeit der Gemeindewahl vom 25. Mai 2008
Vorlage: 082/2008/GrN/BV**

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Wahl vom 25.05.2008 für gültig zu erklären.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig (9)

zu 10 Stellungnahme zum Prüfungsbericht des Gemeindeprüfungsamtes des Kreises Pinneberg für die Haushaltsjahre 2004 - 2006
Vorlage: 093/2008/GrN/BV

Zum vorliegenden Entwurf der Stellungnahme zum Prüfungsbericht des Gemeindeprüfungsamtes ergeben sich keine Wortbeiträge.

Beschluss:

Von dem Ergebnis der überörtlichen Prüfung durch das Gemeindeprüfungsamt des Kreises Pinneberg für die Haushaltsjahre 2004 – 2006 wird Kenntnis genommen.

Dem Inhalt der vom Amt Moorrege erarbeiteten Stellungnahme zum Prüfungsergebnis wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig (9)

zu 11 Ersatzbeschaffung von 8 Atemschutzgeräten für die Feuerwehr Groß Nordende
Vorlage: 084/2008/GrN/BV

Herr Wedde geht auf die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und erklärt, dass man das Angebot nutzen sollte. Die Finanzierung kann in Form einer überplanmäßigen Ausgabe erfolgen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Beschaffung von 8 neuen Atemschutzgeräten bei der Firma Auer zum Sonderpreis von 7.600 € Der Deckung durch eine überplanmäßige Ausgabe wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig (9)

zu 12 Schredderaktion in der Gemeinde Groß Nordende
Vorlage: 090/2008/GrN/BV

Frau Ehmke geht kurz auf die Thematik ein. In der Sitzung des Bauausschusses am 09.09.2008 hatten sich Fragen hinsichtlich der Höhe der Kosten in den Gemeinde Holm und Moorrege ergeben. Weiter wurde die Frage hinsichtlich der Durchführung etwa durch eine Fremdfirma oder als kostenpflichtige Dienstleistung durch die Bauhöfe der Stadt Uetersen oder der Gemeinde Moorrege gestellt (**Hinweis der Verwaltung:** Der Bauhof der Gemeinde Moorrege ist wegen seiner personellen Ausstattung zu dieser Serviceleistung nicht in der Lage). Das Interesse der Groß Nordender Bürger/innen müsste ebenfalls festgestellt werden. In der

nächsten Sitzung des Bauausschusses soll darüber beraten werden, so dass der TOP an dieser Stelle zurückgestellt wird.

**zu 13 Entwurf des Landesentwicklungsplanes Schleswig- Holstein 2010 - 2025
hier: Anhörungs- und Beteiligungsverfahren gem. § 7 Abs. 1 Landesplanungs-
gesetz
Vorlage: 087/2008/GrN/BV**

Zu den Inhalten der Beschlussvorlage und den Ergänzungen aus der Sitzung des Bauausschusses vom 09.09.2008 ergeben sich keine Wortbeiträge. Frau Ehmke erklärt, dass die Gemeinde Neuendeich folgende zusätzliche Forderung aufgestellt hat: „Die Planungsräume für weitere Windenergieanlagen sind auf die windhöffigen Küstenregionen zu beschränken. Ein weiterer Ausbau im Binnenland ist zu vermeiden, um die Versorgung der ländlichen Regionen mit moderner Informationstechnik zu ermöglichen, die häufig nur über Funk und Satelliten erfolgen kann.“ Frau Ehmke plädiert dafür, diese Forderung auch seitens der Gemeinde Groß Nordende aufzustellen.

Beschluss:

Die Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes ist für alle amtsangehörigen Gemeinden einheitlich, ggfs. mit gemeindespezifischen Ergänzungen, zu fassen. Folgende Forderungen sind über den Kreis Pinneberg an das Innenministerium zu formulieren:

Forderung Nr. 1: Der LEP ist durchgängig zu überarbeiten und von vielem Ballast zu befreien, so dass er im Seitenumfang ganz erheblich gekürzt wird.

Aufgrund der besonderen Bedeutung des LEP für alle Kommunen (zu erwartende erhebliche Beschneidung der kommunalen Planungshoheit) wird es nicht als ausreichend angesehen, wenn sich Landtagsausschüsse mit dem Inhalt beschäftigen und eine Aussprache im Landtag zu diesem Thema stattfindet, während ein Kabinettsbeschluss für die Inkraftsetzung des möglicherweise geänderten Entwurfs ausreicht.

Darüber hinaus dringt die Landesplanung in Kernbereiche der Daseinsvorsorge ein (Bildung, Kinder, Jugend, Familien, etc). Leitbilder zur Daseinsvorsorge machen wegen der politischen Bedeutung eine intensive Befassung des Landtages erforderlich.

Forderung Nr. 2: Der Landtag möge über den LEP und die Stellungnahmen hierzu endgültig beraten und entscheiden.

Der LEP enthält in einem nicht vertretbaren Maß Entwicklungsansätze zugunsten der Städte und zentralen Orte. Damit geht eine zum Teil dramatische Einschränkung (bis hin zur Streichung) der Entwicklungsmöglichkeiten in den eher ländlich geprägten und nicht zentralen Orten einher. Daraus ergibt sich, dass unseren Gemeinden faire Entwicklungschancen genommen werden und dass eine Kooperation im kommunalen Bereich nicht mehr „auf gleicher Augenhöhe“ möglich ist. Andererseits schwächt die geplante erhebliche Reduzierung der Entwicklungsmöglichkeiten die Auslastung der kommunalen Einrichtungen, die in den vergangenen Jahrzehnten mit hohen Investitionen geschaffen worden sind (Schulen, Sporthallen, Jugendzentren, Kindertagesstätten usw.). Schlimmstenfalls können so

genannte Investitionsruinen entstehen.

Der viel zu enge Siedlungsrahmen beseitigt die Planungshoheit in vielen Gemeinden nahezu vollständig und ist daher insgesamt **verfassungswidrig**.

Forderung Nr. 3: Die Gemeinden ohne zentralörtlichen Charakter müssen sich mit einem Höchstmaß an Eigenverantwortung auch in Zukunft mit Hilfe einer bedarfsgerechten Planung weiter entwickeln können. Dies gilt insbesondere für Gemeinden innerhalb der Metropolregion Hamburg.

Forderung Nr. 4: Erhalt der Kommunalen Planungshoheit

Der Siedlungsentwicklungsrahmen soll lt. LEP in den Ordnungsräumen - dazu zählen alle 7 Gemeinden des Amtes Moorrege - innerhalb der Laufzeit des LEP (also bis 2025) auf 13 % begrenzt werden. Grundlage für die Berechnung der prozentualen Steigerung ist die Zahl der am 31. 12. 2006 vorhandenen Wohneinheiten. Mit Runderlass des Innenministers vom 27. 11. 2007 ist quasi eine „Veränderungssperre“ verhängt worden, so dass der im Landesraumordnungsplan festgelegte Entwicklungsrahmen (1995 – 2010) in einem rechtswidrigen Umfang angetastet wurde. Kommunen, die darauf vertraut haben (und darauf vertrauen mussten!), dass der Landesraumordnungsplan bis 2010 gelten wird, und ihre Planungen in der Weise fortgesetzt haben, dass 2007 und 2008 neue Wohneinheiten entstanden sind und weiterhin entstehen, werden jetzt für dieses Vertrauen dadurch bestraft, dass die rechtmäßig geschaffenen Wohneinheiten auf den neuen Entwicklungsrahmen (+ 13 % bis 2025) voll angerechnet werden.

Der LEP sieht in Ziffer 6.5.2 Abs. 3 vor, dass die Realisierung von Flächen sowie der Bau von Wohnungen angemessen über den Planungszeitraum verteilt werden. Diese Forderung ist insbesondere in kleineren Gemeinden, die in oft sehr großen Abständen neue Baugebiete ausweisen, illusorisch. Wenn sich die in der Regel einmalige Chance ergibt, ein neues Baugebiet zu entwickeln, muss dies innerhalb der gesetzten Grenzen für den gesamten Entwicklungszeitraum möglich sein. Andererseits könnte insbesondere in kleineren Gemeinden auch die Situation entstehen, dass der zugebilligte Siedlungsentwicklungsrahmen nicht ausgeschöpft wird, weil innerhalb des Geltungszeitraumes keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen. In solchen Fällen sollte die Bildung von „Siedlungsentwicklungsgemeinschaften auf Amtsebene“ angedacht werden, damit andere Gemeinden innerhalb eines Amtes davon profitieren können, wenn eine Gemeinde ihren Siedlungsentwicklungsrahmen nicht ausschöpfen kann.

Forderung Nr. 5: Die vom Innenministerium mit Erlass vom 27. 11. 2007 ausgesprochene Veränderungssperre ist unverzüglich wieder aufzuheben.

Forderung Nr. 6 : Die Stichtagsregelung für den Siedlungsentwicklungsrahmen ist in der Weise zu modifizieren, dass ein neuer Stichtag für die Zeit nach Ablauf der Geltungsdauer des Landesraumordnungsplanes gewählt wird (z. B. 1. 1. 2011).

Forderung Nr. 7 : Die Festsetzung in Ziffer 6.5.2 Abs. 3 Buchstaben G + B (gleichmäßige Verteilung von Wohnungsbauvorhaben auf den gesamten Planungszeitraum) ist ersatzlos zu streichen.

Forderung Nr. 8 : Gemeinden innerhalb eines Amtes können Siedlungsent-

wicklungsgemeinschaften bilden, damit eine nicht ausgeschöpfte Entwicklung in einer Gemeinde auf eine oder mehrere Gemeinden innerhalb desselben Amtes übertragen werden kann.

Neue Instrumente, mehr ortsnahe Entscheidungen und mehr Flexibilität sind erforderlich um auf die regionalen Entwicklungen eingehen zu können.

Die Probleme insbesondere bei Orten außerhalb der Achse, die trotzdem von Verkehr und Siedlungsdruck betroffen sind und weder zentralörtliche Mittel, noch Einkommenssteueranteile erhalten noch Entwicklungsmöglichkeiten haben finden im LEP keine Berücksichtigung.

Insbesondere ist in der Metropolregion Hamburg auf die bestehende Nachfrage nach Gewerbe- und Wohnbauflächen gerade in verkehrsgünstig gelegenen Gebieten einzugehen.

Der Vorschlag der Landesverbände vom 07.03.2000 ist daher zugrunde zu legen. Durch die geforderte Zusammensetzung durch die jeweiligen Kreise und kreisfreien Städte und angemessener Vertretung der kreisangehörigen Gemeinden wird sichergestellt, dass die unterschiedlichen und regionalen Interessen im Regionalplan Berücksichtigung finden.

Forderung Nr. 9: Keine Außer- Kraft- Setzung der planerischen Funktion des Regionalplanes.

Forderung Nr. 10: Kommunalisierung der Regionalplanung u.a.

- a) Ermächtigung zur Festlegung der Siedlungsrahmen, *ohne Genehmigungsvorbehalt der Landesplanungsbehörde.*
- b) Vorgaben für die Verteilung von Entwicklungsflächen
- c) Überprüfung des Verlaufes der Siedlungsachsen und Landesentwicklungsachsen durch die Regionalplanung

In Zeiten schnellen Wachstums ist ein starrer, landesweit einheitlicher Siedlungsrahmen nicht mehr sachgerecht und benachteiligt in der vorgeschlagenen Form den ländlichen Bereich unangemessen.

Forderung Nr. 11: Kein landeseinheitlicher zentraler Siedlungsrahmen auf 20 Jahre.

Durch den gesamten LEP zieht sich die Unterordnung der Interessen der nicht zentralörtlich eingestuften Gemeinden unter die Interessen der zentralen Orte und Städte. Gemeinden in Stadt-Umland-Beziehungen sollen künftig von der tatsächlichen Entwicklung in der so genannten Kernstadt abhängig werden. Dies wird in entsprechenden Vereinbarungen festgeschrieben werden und wird auch für Verflechtungsbereiche von zentralen Orten mit den Gemeinden im Einzugsbereich gelten. Die Landesplanung nimmt einseitig die Position der Ober- und Mittelzentren ein. Dies ist ein schwerer Abwägungsfehler, der sich auf viele Planfestlegungen auswirkt.

Neue Impulse und Ideen der Planungsdiskussion fehlen. Die örtlich unterschiedlichen Belange werden nicht berücksichtigt.

Diese äußerst einseitige Ausrichtung kann nur als Missachtung der bisherigen sorgfältigen Planungen in den kleineren Gemeinden verstanden werden. Vielmehr haben viele Umlandgemeinden von zentralen Orten/Städten häufig den Siedlungsdruck der Städte, den diese manchmal nicht oder nicht zeitnah befriedigen konnten, aufgefangen. Die Beiträge der Umlandgemeinden für die Entwicklung, u.a.

durch das Auffangen des Siedlungsdruckes der Kernstädte, und die Lebensqualität in den Regionen finden im LEP keine Berücksichtigung.

Durch den LEP wird der neue, missverständliche Fachausdruck „Stadtregion“ eingeführt. Der bisherige, relativ neutrale Begriff „Gebietsentwicklungsplanung“ (Landesraumordnungsplan) wird durch den Begriff „Stadt-Umland-Konzept“ ersetzt. Durch diese einseitige Ausrichtung auf die Interessen der Städte wird eine Begegnung einer Stadt und der sie umgebenden Gemeinden „auf gleicher Augenhöhe“ zunichte gemacht. Man hat es dann nicht mehr mit vollkommen gleichberechtigten und gleichwertigen Partnern zu tun.

Der LEP schränkt die Entwicklung von Gewerbe und Dienstleistungen außerhalb der zentralen Orte ein.

Die Entwicklung ortsansässiger Betriebe auch über den örtlichen Bedarf hinaus ist zu ermöglichen.

Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen auch außerhalb zentraler Orte sind aufzunehmen. Hierbei ist auch eine Überarbeitung der komplizierten Flächenvorsorge für Gewerbe und Dienstleistungen zwingend erforderlich.

Der LEP vernachlässigt die Belange der Menschen und der Wirtschaft in den ländlichen Gemeinden und zentralen Orten und schwächt damit die Chancen des Landes im Wettbewerb insgesamt.

Forderung Nr. 12: Stärkung des ländlichen Raumes

Forderung Nr. 13: Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichen und Erhalt vorhandener Betriebe sichern.

Forderung Nr. 14: Der LEP ist hinsichtlich der Festlegungen für Stadt-Umland-Bereiche und des Verhältnisses zwischen zentralen Orten und den sie umgebenden Gemeinden umfassend zugunsten der nicht zentralen Orte zu überarbeiten. Dabei ist insbesondere auf die geforderte Unterordnung der Interessen der nicht zentralen Orte unter die Interessen der zentralen Orte zu verzichten. Zu verfolgen wäre vielmehr die Einführung von „Siedlungsbündnissen unter gleichberechtigten Partnern“ für die Verflechtungsräume, wobei für solche Bündnisse ein von jedem Partner einzufordernder Einigungszwang gelten soll.

Forderung Nr. 15: Auf die Einführung der neuen Begriffe „Stadtregion“ und „Stadt-Umland-Problematik“ ist zu verzichten.

Tourismus/Naherholung sind für einige Gemeinden im Amt Moorrege sehr wichtige Handlungsfelder, wobei der Tagestourismus eine immer größere Rolle spielt. Dies ist auch bei der Erstellung der integrierten Entwicklungsstrategie für die AktivRegion Pinneberger Marsch & Geest e. V. berücksichtigt worden. Andererseits kommt der Tagestourismus praktisch nicht im LEP vor. Die einsichtige Ausrichtung zugunsten des „Übernachtungs-Tourismus“ ist nicht hinnehmbar.

Forderung Nr. 16: In der Metropolregion Hamburg hat der Tagestourismus eine herausragende Bedeutung eingenommen. Dies muss im LEP in geeigneter Form seinen Niederschlag finden.

Im Kartenentwurf zum LEP sind die Verdichtungsräume in Schleswig-Holstein aufgeführt, die innerhalb der Oberzentren und entlang der Siedlungsachsen liegen. Im textl. Entwurf sind mit dieser Raumkategorie jedoch keinerlei Regelungen ver-

bunden. Zur besseren Verständlichkeit des gesamten Planwerkes sollte eine Erläuterung nachgeholt werden bzw. auf die kartographische Darstellung verzichtet werden.

Eine kartographische Darstellung über die prognostizierte Einwohnerentwicklung in den Kreisen ist aufgrund der regionalen Unterschiede, dem Kapitel (Seite 20ff) hinzuzufügen.

Forderung Nr. 17: Ergänzung der Kartographischen Darstellung

Zusätzliche Forderung 18: Ausdehnung der künftigen Weiterentwicklung der Gemeinde Groß Nordende

Die Gemeinde Groß Nordende fordert die weitere Entwicklung an der Hauptachse B 431 nicht nur östlich, sondern auch westlich vornehmen zu dürfen. Die Einschränkung wird als Beschneidung der kommunalen Planungshoheit gesehen, die in der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein verankert und garantiert ist.

Zusätzliche Forderung 19: Planungsräume für weitere Windenergieanlagen

Die Planungsräume für weitere Windenergieanlagen sind auf die windhöffigen Küstenregionen zu beschränken. Ein weiterer Ausbau im Binnenland ist zu vermeiden, um die Versorgung der ländlichen Regionen mit moderner Informationstechnik zu ermöglichen, die häufig nur über Funk und Satelliten erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig (9)

zu 14 II. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Groß Nordende Vorlage: 094/2008/GrN/BV

Frau Ehmke geht kurz auf die Thematik ein. Herr Wulff erläutert, dass die Einführung eines Wappens nicht die gleichzeitige Einführung einer Fahne bedeute, sondern auch dafür einzelne Beschlüsse notwendig seien. Herr Ossowski hat angeboten, der Gemeinde kostenlos zwei oder drei Vorschläge für eine Flagge zu geben. Die Gemeindevertretung ist sich einig, auch eine Flagge für die Gemeinde einzuführen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die II. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Groß Nordende entsprechend der Anlage 2.

Weiter beschließt die Gemeinde Groß Nordende, auf Basis des vorhandenen Wappens eine Flagge für die Gemeinde einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig (9)

zu 15 **Verschiedenes**

- a) Frau Voß erklärt, dass sie von Eltern über den Zustand des Jugendraumes angesprochen wurde. Es gebe Zerstörungen und Alkoholmissbrauch. Weiter gebe es Angriffe älterer Jugendliche gegen Jüngere. Frau Kölln-Tietje antwortet, dass zwischenzeitlich Benimmregeln im Jugendraum angebracht wurden. Es habe sich so entwickelt, dass ab 18 Uhr die älteren Jugendlichen kämen und so die Kleinen verdrängen würden. Die sei ein normaler Umstand und man sollte daher Überlegungen anstellen, Öffnungszeiten nur für jüngere Jugendliche anzubieten. Weiter gebe es vielleicht die Möglichkeit, dass sich Eltern für Aufsichten zur Verfügung stellen würden. Frau Voß kündigt an, einige Mütter darauf anzusprechen.
- b) Frau Rohwer teilt mit, dass sich einige Anwohner aus der Straße Achtern Hollernbusch über den Zustand der Bauminseln beschwert haben. Frau Ehmke teilt dazu mit, dass es Sache der angrenzenden Grundstückseigentümer sei, die Pflege der Bauminseln mit zu übernehmen. Mit der Lohnsteueraktion werde es ein Hinweisschreiben geben.
- c) Frau Ehmke teilt mit, dass die Linde am Dorfgemeinschaftszentrum und die Hecke zum Grundstück Dorfstraße 95 beschnitten werden.
- d) Frau Ehmke stellt die Frage zur Diskussion, Silvesterfeiern im Dorfgemeinschaftshaus wieder möglich zu machen. Nach einer kurzen Diskussion ist sich die Gemeindevertretung einig, dies nicht zu tun.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 21.10 Uhr beendet.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.10.2008

Ute Ehmke

Frank Wulff